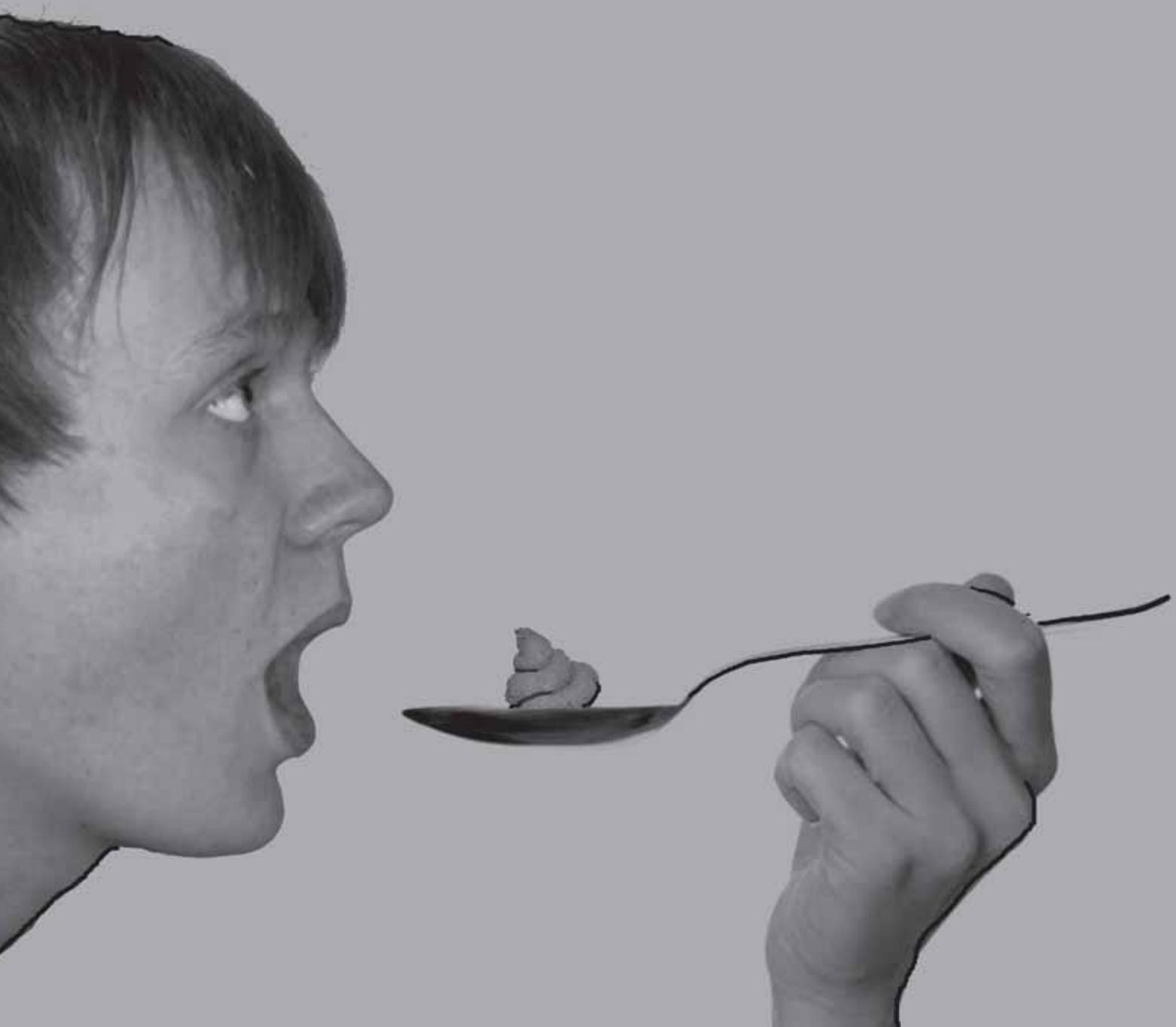


TODAY: NO NAZIS





Zehn Gramm Scheiße täglich

Was ein völkischer Mob und Rassismus in der augenblicklichen „Flüchtlingskrise“ mit Kapitalismus und Chancen auf Veränderung zu tun haben. Ein politisches Feuilleton von Friedrich Burschel

In dem ziemlich guten Spielfilm *Die Fälscher* (2007) spielt der deutsche TV-Allrounder Martin Brambach einen sadistischen KZ-Wärter. In einer Szene betritt er ein Klo, in dem ein Häftling gerade den Boden scheuern muss. „Weitermachen!“, brüllt der SS-Mann und beginnt neben dem Gefangenen in die Kloschüssel zu pinkeln. Dabei stößt er Drohungen gegen den Häftling aus. Um diese Drohungen zu untermauern, wendet sich der Pinkelnde dem am Boden kauern den Häftling zu und uriniert auf ihn. Eine empörende, schreckliche Stelle in dem an solchen Szenen wahrhaftig nicht armen Film, der am 29. August 2015 auf 3sat wieder mal gezeigt wurde. Aber diesmal traf mich die Szene wie ein Blitz: Mir schoss eine Zeitungsmeldung durch den Kopf, in der es um eine „Szene“ in der Berliner Ringbahn ging. Ein 32-jähriger notorischer Nazi taumelte mit einem 37-jährigen Kumpel, beide besoffen, unter wüsten rassistischen Beschimpfungen auf eine als nicht-deutsch eingeschätzte Mutter mit zwei etwa 5- und 15-jährigen Kindern zu. Die beiden Männer sollen gerufen haben: „Heil Hitler, ihr Juden“, „Scheiß-Asylantenpack“ und „Wir sind die Herrenrasse und ihr keine Arier“. Dann holte Christoph S. seinen Penis hervor und urinierte auf die beiden Kinder. Das geschah am 22. August 2015. Mitten in einem öffentlichen Verkehrsmittel. Mitten in Berlin. Es gehört zu dieser Geschichte zwingend der Umstand dazu, dass zwar die Täter festgenommen (und umgehend auch wieder auf freien Fuß gesetzt) wurden, dass aber die betroffene Mutter mit ihren Kindern nicht ausfindig gemacht werden konnte. Es werden Menschen gewesen sein, die schon ihre Erfahrungen gemacht haben mit dem Teil deutscher „Willkommenskultur“, der nicht so gern im Fernsehen gezeigt wird. Vielleicht waren es die jetzt schon von jedem Idioten identifizierten „Wirtschaftsflüchtlinge“, womöglich aus der geschmähten geographischen

Ecke, die aktuell „Westbalkan“ genannt wird, „schlimmstenfalls“ könnten es gar Roma gewesen sein. Jedenfalls haben sie, trotz der anzunehmenden schweren Traumatisierung der Kinder, darauf verzichtet, sich bei der Polizei zu melden, von der sie vermutlich nichts erhofften.

Während sich das, was allenthalben die „Flüchtlingskrise“ genannt wird, zu einem veritablen Krieg gegen die Flüchtlinge (und diejenigen, die ihnen helfen wollen) auswächst und neue Eskalationsstufen erklimmt, muss man innehalten und sich die Entwicklungen der vergangenen Monate vergegenwärtigen, um sich auszumalen, wohin diese Deutschlandtour oder Europareise gehen könnte.

Nazis mischen mit

Schon im vergangenen Jahr hatte die Ankunft von Geflüchteten zu massiven Protesten geführt, eigentlich überall, wo die Menschen aus den zahlreichen Krisengebieten einquartiert werden sollten. Meist blieb es bei rassistischen Ressentiments, ebensolchen Kundgebungen und turbulenten Versammlungen der Anwohnenden, oft griffen „besorgte Bürger“ jedoch zu „Selbstjustiz“, attackierten Asylsuchende oder zündeten deren Unterkünfte an. Begleitet wurde diese (gemessen an der Anzahl und Frequenz der Vorkommnisse) noch überschaubare Lage ab Frühjahr 2014 von den rasanten Wahlerfolgen der rechts-nationalistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), von rechten, verschwörungswangeren Querfront-Protesten gegen alles und alle und ab Oktober 2014 vom anschwellenden Bockgesang der Pegida-Bewegung, der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Im Frühjahr waren es schon 25.000 Menschen allein in Dresden, die die reaktionären, rassistischen und

nationalistischen Parolen auf die Straßen der sächsischen Hauptstadt trugen. In dutzenden weiteren Städten in Deutschland waren ähnliche, aber wesentlich kleinere und meist eindeutig von organisierten Nazis getragene Versammlungen zu beobachten. Meist, und anders als bei den rassistischen Ausschreitungen gegen unerwünschte Ankommende in ganz Deutschland Anfang der 1990er Jahre – das darf man als Lichtblick nicht unerwähnt lassen – waren diese Massenaufmärsche von großen, bunten Gegendemonstrationen begleitet, die die Züge der Rassisten und Rassistinnen numerisch meist deutlich in den Schatten stellten. So verhält es sich auch mit der Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement vieler zehntausend „normaler“ Leute bei der Ankunft von zehntausenden Geflüchteten vor allem aus dem syrischen Bürgerkrieg seit dem Frühjahr 2015. Und dabei geht es mir gar nicht so sehr um applaudierende und Wasser reichende Gruppen an den Bahnhöfen – auch das eine schöne Geste –, sondern noch mehr um die ohne großes Tamtam entstehenden Betreuungsstrukturen (Sprachkurse, Unterbringung außerhalb von Sammelunterkünften, Begleitung bei Behördengängen, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Fluchthilfedienstleistungen, Kontaktaufnahmen auf kultureller Ebene) in den allermeisten Kommunen, in denen Geflüchtete ankommen. Häufig organisieren sich die ehrenamtlich Helfenden schneller und effektiver als schwerfällige und nicht selten widerwillige Verwaltungen und Behörden. Auch Initiativen von Geflüchteten sorgen seit einiger Zeit mit Aktionen und Protesten für Aufmerksamkeit und öffentlichen Druck.

Rassistische Übergriffe sind keine Ausnahme mehr

Zur gleichen Zeit setzte dann auch die allfällige Verwertungsdebatte wieder ein, welche hoch qualifizierte und willige Neuankömmlinge willkommen hieß. Unter utilitaristischen Gesichtspunkten kommen Leute mit Hochschulabschluss und Berufsausbildung auf die *fast lane*, solche ohne Aussicht auf Aufenthalt und Bleibe, Kranke, Bockige und Traumatisierte dürfen sich in Endlosschlangen wochenlang unter anderem vor dem Berliner LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) einreihen.

Seit Juli ist die Euphorie verfliegen. Beklemmende Beiträge zum Beispiel des TV-Magazins *Panorama* und weniger verdienstvolle Reportagen haben uns wieder auf den Teppich geholt: Fast Nacht für Nacht brennt eine Geflüchteten-Unterkunft in Deutschland, häufig bereits bewohnte Gebäude. Ende Oktober waren es, so meldet es die *taz* am 30.10.2015, fast 80

Brandanschläge, die Hälfte davon auf bewohnte Unterkünfte. Bei bewohnten Gebäuden handelt es sich dabei um versuchten Mord. 500 tätliche Angriffe auf Geflüchtete und Solidarische mit Böllern, Steinen und Flaschen wurden laut *taz* gezählt. Wie durch ein Wunder sind bei diesen rassistischen Anschlägen im ganzen Land bisher keine Menschen ums Leben gekommen. Und man kann so weit gehen, bei diesen Anschlägen von Straflosigkeit zu sprechen: In den wenigsten Fällen wurden die Angreifenden ermittelt und wenn, hatten sie bisher wenig Unannehmlichkeiten. Ein 25-jähriger Feuerwehrmann aus Altena etwa, der Anfang Oktober in der westfälischen Kleinstadt das Dachgeschoss eines Hauses in Brand gesteckt hatte, das von sieben Syrerinnen und Syrern bewohnt war, ist von der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt worden. Schließlich, so ließ der Staatsanwalt verlauten, habe es keine Haftgründe gegeben, denn der Täter und sein Komplize hätten nur „Angst vor Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft gehabt“. Sie seien auch nicht rechtsradikal, „eine rechtsradikale Einstellung besteht aus mehr als Fremdenhass“ (wörtliche Zitate nach *SZ* vom 12.10.2015). Für die sich radikalisierenden „besorgten Bürger“ muss diese Situation wie eine Einladung wirken, mit dem Brandschatzen fortzufahren.

Man stelle sich nur mal vor, Linke würden in einer großangelegten Kampagne im ganzen Land leer stehende Häuser besetzen und sich aneignen: Der Staat würde mit aller Härte und gnadenloser Repression gegen diese gefährlichen Leute vorgehen und sie auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis werfen. Zu spüren bekam das zum Beispiel der junge Paul aus München, der sich an einem Protest gegen den bayerischen Pegida-Ableger Bagida am 20. Juli 2015 beteiligte, wegen des Mitführens einer kurzstieligen Fahne festgenommen wurde und dann für über acht Wochen in U-Haft verschwand. Er habe die Fahne als Knüppel einsetzen wollen, wurde ihm vorgeworfen. Hat er aber nicht. Am 15. September wurde der 24-jährige zu einer 9-monatigen Haftstrafe auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Zwei Wochen nach dem drakonischen Urteil gegen den jungen Antifaschisten in München griffen im oberbayerischen Ebersberg acht Personen einen Döner-Imbiss mit einem Baseballschläger, zwei Hämmern und einem Messer an, zertrümmerten Eingangstür und Mobiliar und verletzten die afghanischen Betreiber schwer. Die Polizei traf, während des Angriffs von den Betroffenen alarmiert, erst 20 Minuten später ein, obwohl die Ebersberger Polizeinspektion fußläufig wenige hundert Meter vom Tatort entfernt liegt. Vier der polizeibekanntesten Nazi-Schlägerinnen und -schläger

wurden festgenommen, aber nach ihrer Ausnüchterung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Spitzenpolitik gießt Öl ins Feuer

Die Verhältnismäßigkeiten spielen entlang ideologischer Linien verrückt, während der Rassismus eskaliert und man bisher vergeblich auf einen beherzten Zugriff der Verfolgungsbehörden auf mordbereite Normalos wartet, die ihre „Ängste und Sorgen“ mit Brandanschlägen, rassistischen Angriffen und pogromartigen Ausschreitungen kanalisieren. Dass dahinter – was das Organisatorische angeht – häufig knallharte Nazis stehen, muss nicht dazugesagt werden: Versuchten sie im Frühjahr noch auf Pegida-Proteste aufzusatteln, strömen ihnen heute bei von ihnen angemeldeten Anti-Flüchtlingsprotesten die „Besorgten“ und „Asylkritiker“ zu Tausenden zu. Im sächsischen Heidenau eskalierte Ende August nächtelange Randalen von Nazis und applaudierendem Bürgermob zu offenen Straßenschlachten: Der sächsische Staat lässt den Mob landesweit gewähren, Polizei kommt nicht oder nur in unzureichender Zahl, bleibt oft passiv oder geht gegen mit Flüchtlingen solidarische Gegendemonstrierende vor. In einer Maischberger-Talkshow (19.8.2015) waren erschreckende Aufnahmen eines entfesselten Mobs zu sehen, die darin gipfelten, dass eine „harmlose“ Frau, gefragt, wie sie es denn finde, wenn hier Steine und Böller auf die Flüchtlinge geworfen würden, antwortet: „Die schmeißen ja nicht auf Deutsche“. Wie recht die Gegendemonstrierenden und alle haben, die dem Willkommensgedöns vor allem namhaften politischen Personals misstrauen und misstrauen, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Sachen „Flüchtlingskrise“: Im Schnellverfahren haben Bundestag und Bundesrat Mitte Oktober das Asylrecht dramatisch und in verfassungswidriger Weise verschärft, lange und mühsam erkämpfte Standards mit einem Federstrich und einem Lächeln kassiert.

Dem gingen wochenlange üble Kampagnen aus den Reihen der bundesdeutschen Spitzenpolitik voraus, die die ohnehin angespannte Stimmung zum Notstand eskalierten. Vor allem der bayerische Ministerpräsident Seehofer, sein unsäglicher CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, der von „zügellosem Zuzug“ sprach, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière sorgten für eine Stimmung, die als Aufforderung zum Pogrom verstanden werden konnte und von Pegida, Nazis, AfD und anderen Deutschnationalen begierig aufgegriffen und zu pathologischen Angstszenerien hochgespielt wurde. Im Kern rassistische Aussagen und das unverantwortliche Jonglieren

mit in der Regel kaum nachweisbaren „Zugangs“-Zahlen befeuern unter einer rassistisch eingestellten Mehrheitsbevölkerung eine aggressive Ablehnungshaltung gegenüber Geflüchteten und Ankommenden, die sich in Kürze in neuen Pogromen und Gewalttaten entladen könnte. Das Internet quillt über von irren, pathetischen Projektionen auf diese jungen, fremden Männer, die angeblich nicht nur Arbeitsplätze und Frauen in Gefahr brächten, sondern auch die Mülltrennung vernachlässigten. Die Berichterstattung aus Mainstockach von Ende Juli 2015 suggerierte, dass Beschwerden wegen Ruhestörung und die gerüchteweise Belästigung einer Frau sowie mangelnde Mülltrennung in der Asylunterkunft Grund genug dafür seien, dass ein Mob von 300 Personen aus der 2000-Seelen-Gemeinde sich zum Teil bewaffnet vor dem Haus versammelte. Und der Mob hatte Erfolg: Die 24 jungen Männer wurden aus Mainstockach verlegt (Focus, 28.7.2015). Mülltrennung hatte auch der Brandstifter von Escheburg bei Hamburg, ein Finanzbeamter (*Panorama*-Beitrag „Biedermann als Brandstifter: Wer zündet Flüchtlingsheime an?“ vom 17.9.2015), als Tatmotiv angegeben: Zum einen seien irakische Männer „in Saft und Kraft“ eine Bedrohung und außerdem würden sie ihren Müll sicher nicht richtig entsorgen. Eine Analyse des Bundeskriminalamtes stellt dazu fest, dass es sich bei den Brandstiftenden um „emotionalisierte Einzeltäter handele, die keinerlei ideologische Anbindungen an rechte Strukturen“ hätten. Vielleicht waren es auch in Hösbach nur solche verirrteten Einzeltäter und Einzeltäterinnen, die Mitte September – wie die Polizei meldete – „asylkritische Banner“ an einer Brücke über die Staatsstraße 2307 befestigten: Inzwischen läuft offenbar ein Banner mit der Aufschrift „Deutschland erwache!“ mit zwei Hakenkreuzen schon unter ideologiefrei und asylkritisch, weil ja auch noch „Asylantenheim – Nein Danke“ auf der anderen Seite der Brücke zu lesen war. Dieser Verharmlosung rassistischer Straftaten und nazistischer Angriffe steht die unverantwortliche Dramatisierung der „Flüchtlingskrise“ (erkennbar schon allein in diesem Begriff) gegenüber.

Europäische Wirtschaftspolitik generiert Flüchtlinge

Ein weiteres Fernseherlebnis führt uns zurück zum Anfang dieses Textes: Am 23.9.2015 strahlte die ARD den durchaus kritischen TV-Spielfilm „Meister des Todes“ über illegale Waffenexporte in Krisengebiete aus. Das hochrangig besetzte Drama erzählt die an den laufenden Ermittlungen gegen den Waffenhersteller *Heckler & Koch* orientierte Geschichte eines

Waffenhändlers, der in Mexiko erlebt, wie ein von ihm geliefertes Gewehr gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird, wobei eine junge Studentin an den Schusswunden stirbt. Der Mann kann das mit seinem Gewissen nicht vereinbaren und will gegen seinen Arbeitgeber vorgehen. Dabei schlägt ihm der blanke Hass seiner Kolleginnen und Kollegen, die extralegale Repression des Konzerns und die Ablehnung der gesamten Belegschaft entgegen: Als er in einer Pizzeria sitzt, kommt ein Mitarbeiter des Unternehmens vorbei, holt seinen Schwanz heraus und pisst ihm auf seine Pizza. Da ist er wieder, der deutsche Herrenmenschen-Pisser, und führt uns zu jener anderen Seite der „Flüchtlingskrise“, die in den intellektuell weithin untertourigen Debatten im Lande gerne völlig ausgeblendet wird.

Warum müssen so viele Menschen aus ihren Ländern fliehen? Es ist der entfesselte globalisierte Kapitalismus und eine damit verbundene neokoloniale Interventionspolitik, die über Freihandelsabkommen, Waffenexporte und militärische Interventionen für das Chaos sorgen, das sich seit Jahrzehnten jenseits der Fleischtpöfe auf dem Globus dramatisch ausbreitet und im Moment in das Herz der Bestie zurückkehrt. Tomasz Konicz bringt es in der Zeitschrift „konkret“ (8/15) so auf den Punkt: „Diese Doppelbewegung aus neoimperialistischer Machtpolitik der Zentren und ungebremster marktvermittelter Vernichtungskonkurrenz hinterlässt in Afrika ökonomisch ‚verbrannte Erde‘ (...) Insofern ist der Impuls der afrikanischen ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, die Überfahrt nach Europa zu wagen, nur folgerichtig: Sie sind Opfer der europäischen Wirtschaftspolitik“. Konicz illustriert diese Dramen in dem Artikel anhand des „desaströsen“ Freihandelsabkommens *Economic Partnership Agreement*, das die Öffnung des hoffnungslos unterlegenen afrikanischen Marktes für europäische (Reste-)Exporte erzwingt.

Die Staaten im Norden Afrikas und im Nahen Osten versinken in einem blutigen Chaos, dessen Wurzeln sich bis tief in die Kolonialzeit, ja bis zur europäischen Expansion ab dem 16. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und das in den vom Westen angezettelten und mit Waffen befeuerten aktuellen Kriegen kulminiert. Menschen retten gerade ihr nacktes Leben, wenn sie Syrien verlassen, sie fliehen aus Asien und Afrika, durch von grausamen Bürgerkriegen verwüstete Staatenreste und bahnen sich unter Lebensgefahr ihren Weg nach Europa. Und sie tun es auch dort, wo ihnen der Weg mit Stacheldraht und Militär abgeschnitten werden soll. Viele, viele von ihnen sterben unterwegs, ertrinken im Mittelmeer

oder werden Opfer von zum Teil staatlichen Verbrechen.

Aber sie lassen sich nicht aufhalten und sie sind der Beginn einer großen notwendigen Veränderung, an deren Ende eine gerechte Weltwirtschaftsordnung stehen muss. Diese neue politische, soziale und ökologische Ordnung kann eine kapitalistische nicht sein, soviel ist angesichts der Katastrophe sicher, die der „irre Selbstzweck“ (Konicz) des Kapitalismus, die höchstmögliche und rücksichtslose Kapitalverwertung, über Hunderte von Millionen Menschen bringt.

Aus Flüchtlingsabwehr Kapital schlagen

Dieses Elend beschreibt der spanische Autor César Rendueles in seinem Buch *Soziophobie*. „Zweieinhalb Milliarden Menschen ertrinken förmlich in ihrer eigenen Scheiße – ohne Zugang zu Kläranlagen, Kloaken, Abwasserkanälen oder Latrinen. Sie scheißen und pissen, wo sie können. Diese Situation wird in Städten wie Kinshasa, einem Zehnmillionenmoloch ohne irgendein Abwassersystem, geradezu dantesk. Fachleute schätzen, dass Menschen, die an Orten ohne sanitäre Einrichtungen leben, täglich zehn Gramm Fäkalien zu sich nehmen. Hierbei handelt es sich nicht einfach um ein ästhetisches Problem und eine Frage des Komforts. Im letzten Jahrzehnt sind mehr Kinder an Durchfall gestorben als Menschen in sämtlichen Kriegen seit 1945.“ Aber Milliarden Euro und Dollar fließen nicht etwa in den Bau von Sanitäreinrichtungen in den Megacities und -slums, von denen Kinshasa nur eine beziehungsweise einer ist, sondern in Flüchtlingsabwehr und Migrationsverhinderung. Die EU, allen voran Deutschland, bietet der Türkei eine Milliarde Euro an, damit die rund zwei Millionen Geflüchteten aus Syrien dort in gigantischen, katastrophalen Flüchtlingslagern bleiben, in einem Land, dessen autoritäre und großenwahnsinnige Regierung gerade ohne Not einen beendeten geglaubten Bürgerkrieg mit der kurdischen PKK vom Zaun gebrochen hat und im Verdacht steht, auch in einem verheerenden Bombenanschlag mit über hundert Toten verstrickt zu sein. Staatschef Erdogan will freilich drei Milliarden (Stand: 17.10.2015).

Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt zu dieser Abschottungspolitik am 12.10.2015: „Der Londoner Branchendienst Strategic Defence Intelligence (SDI) erwartet, dass sich Europa in den nächsten zehn Jahren zu einem der größten Märkte für Grenzverteidigung entwickelt.“ Ein SDI-Experte schätzt, „dass Privatunternehmen in diesem Jahr rund 3,9 Milliarden Dollar

mit der Ausrüstung europäischer Grenzschrützer verdienen.“ Die viel geschmähten Grenzzäune, die das faschistische Ungarn und Bulgarien gegen Geflüchtete errichten, verschlingen ebenfalls Millionen und sind ein gutes Geschäft für jene Firmen, die z.B. den messerscharfen NATO-Draht herstellen. Noch im Elend der Geflüchteten schlummert in einer kapitalistischen Ordnung ein gigantisches Geschäft.

„Wir“, das heißt Menschen, die versuchen, sich kritisch mit den Ereignissen auseinandersetzen und sich von den sich überschlagenden Entwicklungen nicht dumm machen zu lassen, müssen in der Veränderung, die mit den Geflüchteten aus der Peripherie unweigerlich in der Metropole ankommt, das Ende der kapitalistischen Weltordnung erkennen. Möglicherweise wird dieses Ende auch mit dem Verlust für selbstverständlich gehaltener Privilegien einhergehen: Aber müsste nicht mit einer radikalen Kapitalismuskritik eine Bereitschaft zu diesen Veränderungen einhergehen, so chaotisch sie auch

vonstatten gehen mögen? Rendueles schreibt: „Wir setzen Veränderung mit einem Verlust gleich, der uns in Angst und Schrecken versetzt, bevor wir überhaupt vor einer rationalen Wahl stehen. Wir verachten Konsumismus, politischen Populismus und die Finanzökonomie, halten sie aber gleichzeitig für das einzig denkbare Bollwerk gegenüber der Barbarei der Gegenwart. Wir haben panische Angst vor den Menschenmassen, weil die einzige Alternative zum liberalen Individualismus der Absturz in die Megaslums oder in den Fundamentalismus ist.“

Ist sie aber nicht. Unsere Aufgabe muss es sein, eine Veränderung, die ohnehin nicht aufzuhalten ist, anzunehmen und gemeinsam mit den Ankommenden über Strategien für eine alternative Ordnung ohne Rassismus, Faschismus und Armut nachzudenken und an ihnen zu arbeiten.<

Friedrich Burschel
ist Autor aus Berlin.

Eine Langfassung dieses Beitrages erscheint auf

